

# Wiesbadener Zeitung

## Rheinischer Kurier

Mittelrheinische Zeitung

Beilage „Der Landwirt in Nassau“

ersch. 12mal wöchentlich. — Bezugspreis: In Wiesbaden u. bei unseren and. Vertretungen monatl. 1.50 M., vierteljährlich 4.20 M. Durch die Post monatlich 1.65 M., vierteljährlich 4.50 M. ohne Nachgeld. Das Nachgeld wird von den Zeitungsträgern u. durch die Post besonders erhoben. Einzelnummer 10 Pf.

Amliches Organ der Polizei-Direktion, der Gerichts- und vieler anderer Staats- und Kommunal-Behörden.

Verlag, Schriftleitung und Hauptgeschäftsstelle: Wiesbaden, Nikolastr. 11. Fernruf Nr. 5515, 5516, 5517. — Anzeigenpreis: In Wiesbaden und Provinz Hessen-Nassau 30 Pf., Restlandteile 1.25 M.; außerh. 30 Pf., Restlandteile 1.70 M. Zeitungspreis u. Rabatt laut Tarif, Sonderbeilagen 60 Pf. pro 1000.

Nummer 470

Donnerstag, 9. Oktober 1919.

73. Jahrgang

### Unruhen im Saargebiet.

Verhängung des Belagerungszustandes.

nr. Saarbrücken, 8. Okt. Der Oberste Verwalter des Saargebietes, General Andlauer, erläßt durch Rouveranschlag folgende Proklamation:

Seit 4 Uhr nachmittags bestehen Unruhen in den Straßen Saarbrückens. Es sind verschiedene Läden geplündert worden. Die Angestellten der Bahn streiken, einzelne Metallarbeiter haben sich den Streikenden angeschlossen. Nach einmütigen Beschlüssen soll morgen das ganze Saargebiet streiken. Um die Ruhe und Ordnung aufrechtzuerhalten, verhängt der Herr General, Oberster Verwalter des Saargebietes, zunächst den Belagerungszustand für das Saargebiet. Infolgedessen darf niemand sich nach 9 Uhr abends auf der Straße aufhalten, es sei denn, daß er notwendig einen Dienst zu verrichten habe. Kein Zusammenkommen, keine Versammlungen werden geduldet. Weitere Maßnahmen werden in Kürze getroffen. Saarbrücken, 7. Oktober 1919. Le General, Administrateur Supérieur de la Sarre. (Signé) Andlauer.

nr. Saarbrücken, 8. Okt.

Im Anschluß an die Proklamation des Generaladministrateurs Supérieurs de la Sarre vom 7. Oktober veröffentlicht der Administrateur Militaire de Sarrebruck-Bille eine Bekanntmachung, nach der von 7 Uhr abends ab jeder Verkehr in den Straßen verboten ist. Cafés, Konzerte, Wirtschaften und Gasthäuser müssen zu derselben Stunde geschlossen werden. Die Bevölkerung wird aufgefordert, in den Häusern zu bleiben und die Ruhe zu bewahren.

### Verhandlungen.

nr. Saarbrücken 8. Okt.

Ueber die im Auftrage des Herrn Generals Andlauer unter dem Vorsitz des Landrats von Gollern stattgefundenen Besprechungen, an denen u. a. die französischen und deutschen Behörden sowie die Vertreter der Arbeitgeber und Arbeiter, Angestellten und Beamten teilnahmen, wird eine Bekanntmachung veröffentlicht, die die Grundsätze mitteilt, auf die sich die Teilnehmer geeinigt haben:

Es heißt darin: 1. Zur Bekämpfung des Schiebertums wird eine Verordnung erlassen werden, die u. a. bestimmt: Wer durch eine Handlung oder eine Unterlassung, insbesondere durch Abwicklung sogenannter Schiebergeschäfte, durch Preisdrückerei, Schleich- und Kleinhändler aller Art sich an der gegenwärtigen Notlage des Volkes veründigt, wird mit Zuchthaus nicht unter einem Jahr bestraft. Die Aburteilung erfolgt durch Polizeigerichte, die sich aus einem richterlichen Beamten als Vorsitzenden und vier Polizeirichtern zusammensetzen. Die zur Überwachung der Aburteilung der oben bezeichneten Handlungen oder Unterlassungen bestellt sind, werden wegen Unerschlichkeit, die sie in Ausübung ihres Amtes begehren, mit denselben Strafen belegt. Dieser Verordnung unterliegen die Angehörigen aller Nationen, insofern sie die Handlungen im Saargebiet begangen.

2. Die Zwangswirtschaft wird durchgeführt. Schaffung örtlicher Wirtschaftämter mit der Kontrolle in Saarbrücken, daran anschließend Preisprüfstellen mit Kontrollbefugnissen. Festsetzung von Höchstpreisen für solche Artikel, für die solche bisher nicht bestehen. Herabsetzung der Preise für Schutzwaren und Kleidungsgegenstände. Die Festsetzung des Erzeugerhöchstpreises für Kartoffeln auf acht Mark, für Verdrahter auf elf Mark. Ausreichende Vorsehung mit Kohlen für Industrie und Haushaltung. Erträgliche Preise, Einziehung eines Beitrages zur Verteilung der dem Saargebiet zugehenden Kohlen.

3. Für die sofortige Ausschreibung der Kommunalwahlen wird sich die französische Verwaltung bei der Kommission in Paris verwenden.

4. Die übrigen Forderungen der Gewerkschaften werden im Prinzip angenommen; über diese wird im einzelnen in Kommissionen verhandelt werden.

5. Ueber die Spezialforderungen der Eisenbahner ist telegraphisch die Entscheidung des Marshalls noch eingeholt. Hierüber ist dem Herrn General Andlauer nicht möglich zu entscheiden, da die Eisenbahner unter der internationalen Kontrolle stehen. Die Lage der Eisenbahner wird jedoch mit der Ratifikation des Friedens, die spätestens in 14 Tagen erfolgen wird, automatisch verbessert werden. Die diesigen Eisenbahner werden dann sicher nicht schlechter gestellt sein als die Eisenbahner auf dem linken Rheinufer.

Da nun eine Einigung über die Forderungen erzielt ist, und die Eisenbahner spätestens bei der Ratifikation des Friedens ihren Spezialforderungen entsprechend verbessert werden, empfiehlt es sich, den Streik abzubrechen und die Arbeit im allgemeinen sofort, spätestens aber am Freitag wieder aufzunehmen. Der Belagerungszustand mit allen seinen Härten wird aufgehoben werden, sobald die Veränderungen aufgehört haben und die Arbeit aufgenommen ist.

Ueber den Streik veröffentlichte die „Saarbrücker Zeitung“ u. a. folgendes: Heute morgen hat die Besatzung der Hauptwerkstätte Saarbrücken-Nord die Arbeit niedergelassen, angeblich weil zwei Vertrauensleute der Besatzung verhaftet wurden. Am Laufe des Vormittags haben sich die

Belegschaften der Hauptwerkstätte Saarbrücken, der Betriebswerkstätten, des Hauptbahnhofes und des Konstablerhofes sowie anderer Dienststellen angeschlossen. Ueber den Grund der Verhaftung der zwei Vertrauensleute ist bisher nichts bekannt geworden.

Die französische Behörde teilt der „Saarbrücker Zeitung“ zur Sache folgendes mit: Am Montag haben sich in Pöhlmann, anscheinend organisiert durch die teuere Lebenshaltung. Streikführer gebildet. Die sich aus auf andere Gruppen des Gebietes ausdehnen drohten. Heute Morgen hat sich der Streik auf die Eisenbahnen und auf verschiedene Werke von Saarbrücken und Umgebend ausgedehnt. Eine große Demonstration der Streikenden hat in Saarbrücken stattgefunden. Doch verirrte gegen 2 Uhr eine bedeutende Gruppe von Manifestanten, in die Fabriken zurückzuführen und dort die Arbeit wieder aufzunehmen. Einige Arbeiter, die verhaftet worden waren, wurden wieder freigelassen. Eine wichtige Versammlung der Arbeiterdelegation der Privatindustrie, der Fabrikdirektoren, der Landräte und des Bürgermeisters von Saarbrücken wird morgen um 10 Uhr stattfinden, um die Frage der teureren Lebenshaltung und die zu ihrer Behebung zu erwerbenden Mittel zu behandeln. — Seltener ist es auch im Laufe des Tages mehrfach zu bedauerlichen Ausschreitungen und Plünderungen von Häusern und Geschäften gekommen, an denen jedoch den Ausschüßenden nicht die Schuld beizumessen sein dürfte.

### Clemenceaus Rücktrittsabsicht.

nr. Paris, 8. Okt. (Havas.)

Die der „Temps“ meldet, empfing Clemenceau verschiedene Abgeordnete, die um die Rücktritt des Kabinetts zur Wiederherstellung der Einheit eines gewissen Departements für die Neuwahlen nachdrücklich. Clemenceau versprach das Gelingen zu unterstützen, wobei er hinzufügte, daß er die Verantwortung des Kabinetts in dieser Frage nicht schleudern, sondern nur in die Angelegenheit der Priorität der Kammerwahlen die Vertrauensfrage stellen werde.

Clemenceau sagte hinzu, daß er von einem in Vorbereitung sich befindlichen Angriff gegen das Kabinett wisse, und daß er sich in seine Debatte über die allgemeine Politik einlassen werde, da dies seinen Wert habe, denn er sei entschlossen, von der Koalition zurückzutreten, und das jetzige Ministerium verabschiede mit seinem Chef.

### Franszösische Kammer.

#### Einstellung der Feindseligkeiten.

nr. Paris, 8. Okt.

Die Kammer diskutierte die Vorlage über den Zeitpunkt der Einstellung der Feindseligkeiten. Der einzige Artikel der Vorlage betrifft die Ausführung der Felle, Felle und Kontrakte, deren Anwendung von dem Aufhören des Kriegszustandes abhängen würde. Der Zeitpunkt der Veröffentlichung im Amtsblatt, wodurch der Präsident der Republik ermächtigt wird, den Friedensvertrag mit Deutschland zu ratifizieren, wird mit demjenigen der Einstellung der Feindseligkeiten zusammenfallen.

### Kriegserklärung der Ukrainer gegen Denikin.

nr. Bern, 8. Okt.

Das ukrainische Pressebureau meldet aus Kamenetz-Bodolst: Alle Bemühungen der ukrainischen Regierung, den Kampf mit Denikin zu vermeiden, sind gescheitert. Die ukrainischen Truppen sind von der russischen Freiwilligenarmee überfallen worden, worauf die ukrainische Regierung die Denikin den Krieg erklärte. Das Vordringen der Denikinischen Truppen nach dem Westen ist unerschrocken. Es fanden heftige Kämpfe bei Chopyl und um Arkanowka statt. Die Kriegserklärung wurde von der Bevölkerung mit Eufhorie aufgenommen, denn es ist der Krieg um ihre nationale und soziale Befreiung. Auch hinter der Denikinischen Front sind Bauernaufstände ausgebrochen.

Der russische Ordnungsgeneral Denikin bekämpft die Bolschewikeregerung; es ist darauf zu sehen, daß die Kriegserklärung vom ukrainischen Sowjet erfolgt ist.

### Sozialistenkongreß in Italien.

#### Sieg des Radikalismus.

nr. Bern, 8. Okt. In der kürzlich verlaufenen Schlusssitzung des Bolognaer Sozialistenkongresses wurde eine Tagesordnung verabschiedet, in der die maximalistischen Grundzüge durchgesetzt werden, aber gleichzeitig die Beteiligung am Wahlkampf verlangt wird. Mit rund 48 000 gegen 15 000 Stimmen der Reformisten und 6800 Stimmen der Kommunisten angenommen.

### Eine Negerrevolution in Amerika geplant.

nr. Amsterdam, 8. Okt.

Nachrichten aus Cienza und Kankoa zufolge haben dort verhaftete Neger erklärt, daß der Plan bestanden habe, einen Aufbruch der Neger anzuführen, um die Weissen zu ermorden. In einer Schule in Kankoa seien hierzu 50 000 Patronen bereitgehalten worden.

### Erhöhung der Erwerbslosenunterstützung

nr. Berlin, 9. Okt.

Dem „Berl. Lok.-Anz.“ wird aus Hamburg berichtet: Den deutschen Landesregierungen ist vor einiger Zeit von der Reichsregierung der Entwurf eines Antrages auf Erhöhung der Unterstützungssätze für Erwerbslose zugegangen. Danach soll für Erwerbslose, die im letzten Vierteljahr mindestens 60 Tage arbeitslos gewesen sind, eine Winterbeihilfe in Gestalt einer monatlichen Erhöhung um vier Tagesätze für alle Erwerbslose über 18 Jahre gewährt werden. Der Hamburger Senat hat in seiner Erwiderung beantragt, eine monatliche Erhöhung um fünf Tagesätze für verheiratete und um vier Tagesätze für ledige Erwerbslose zu gewähren. Die Zahl der Erwerbslosen in Hamburg ist im September um 14 306 gesunken.

### Helfferich—Erzberger.

#### Das Ermittlungsverfahren hat begonnen.

nr. Berlin, 9. Okt.

Die „Arenzzeitung“ meldet: Staatssekretär Helfferich erhielt am 7. Oktober von der Staatsanwaltschaft eine Vorladung für das auf den Strafverfolgung des Reichsfinanzministers Erzberger gegen ihn eingeleitete Ermittlungsverfahren.

### Aus der demokratischen Partei.

Die demokratische Fraktion der Nationalversammlung hat gestern Papper als ersten Vorsitzenden der Fraktion gewählt, der die Wahl annahm. Zum zweiten Vorsitzenden wurde Peterlen und zum dritten Hartmann vorgeschlagen.

### Die Abstimmung in Eupen und Malmédy.

nr. Berlin, 8. Okt.

Der deutsche Vertreter überreichte in Versailles eine Note, worin über die Bestimmungen des Friedensvertrages hinsichtlich der Volksbefragung in den Kreisen Eupen und Malmédy vollkommene Klarheit verlangt wird, um so notwendig, als die Bevölkerung die Ungewißheit über die Einzelheiten des Abstimmungsverfahrens drückend empfindet und als die belgischen Behörden mehr und mehr eine für die freie Stimmenabgabe keine Garantie bietende Haltung einnehmen. Die deutsche Regierung schlägt vor, daß das Stimmrecht allen Personen beiderlei Geschlechts gewährt wird, die bei Inkrafttreten des Friedensvertrages das 20. Lebensjahr vollendet haben. Weiter wird deutscherseits vorgeschlagen, daß die Abstimmung in den einzelnen Gemeinden oder in den Bataillonsterritorien stattfindet, da nur eine gemeinde-weise Abstimmung dem Völkerverband die notwendigen klaren Unterlagen für eine Entscheidung bietet. Die deutsche Regierung bemängelt ferner die besondere Unklarheit, die über die bei der Abstimmung vorzuliegenden Fragen herrsche. Sie schlägt vor, daß die der Abstimmung voraussetzende Frage einfach lauten soll: „Bereitigt mit Deutschland oder Belgien?“, welche Fassung aus im Interesse der Freiheit der Abstimmung unumgänglich notwendig sei, da wenn die Bewohner darüber abstimmen hätten, ob sie deutsch bleiben wollten, jeder, der zur Abstimmung erscheine, von den belgischen Behörden nachteilig behandelt werden würde. Es wird deutscherseits die Einschaltung einer vom Völkerverband zu ernennenden Kommission vorgeschlagen, der weder Deutsche noch Belgier angehören, sowie geheimen Charakter der Abstimmung fordert.

### Einlösung der österreichischen Zinscheine

nr. Wien, 8. Okt.

Den Blättern zufolge wird in nächster Zeit die Einlösung der am 1. Oktober fällig gewordenen Anpans der Staatsschulden Österreichs durch eine Vollzugsanweisung im einzelnen geregelt werden.

### Das Attentat auf Haase.

Durch die ärztliche Untersuchung der Verletzungen wurde am rechten Bein ein Durchschuß des Oberschenfels, ferner ein Stedich im Oberschenkel festgestellt. Die Schramme am Ellenbogen ist augenscheinlich durch den Sturz verursacht. Der Zustand des Verwundeten läßt keine Wiederherstellung in etwa acht Tagen erwarten.

Der Attentäter erklärte, er sei der Wiener Lederarbeiter Johann Bok, 51 Jahre alt. Bei seiner Vernehmung gab er an, er habe die Tat bei vollem Bewußtsein ausgeführt. Er habe die Tat begangen, weil es so nicht weitergehen könne. Er war der Meinung, Haase gehöre zu haben und sprach seine Genugtuung darüber aus. Er erklärte weiter, er sei schon seit längerer Zeit in Berlin. Politisch sei er nicht tätig gewesen. Bei der Tat sei er einem inneren Drange gefolgt. Später behauptete er, die Tat vollführt zu haben, um Haase einen Denksatz zu geben, weil Haase gegen ihn einen Prozeß wegen Erpressung anstrengt habe. Er habe nicht beabsichtigt ihn zu töten. Dem „Vorwärts“ zufolge macht der Täter den Eindruck eines Geisteskranken. Ein politischer Beweggrund scheint nicht vorzuliegen.

### Wilson's Befinden.

nr. Washington, 8. Okt. Nach einem heute morgen ausgegebenen Krankheitsbericht hält die Besserung im Befinden Wilsons an.

